

INHALT FEBRUAR 2006

SEITE 1
INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS 2006

Zeichen setzen – auf vielfältige Weise

ZAHLENWERK

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in der EU nach Altersgruppen – Anteil an der Gesamtbevölkerung

SEITE 2

KAMPAGNE ZUR EINBÜRGERUNG JUNGER MIGRANTINEN UND MIGRANTEN

Initiative des Berliner Senats

EUMC JAHRESBERICHT 2005

„... und noch sehr viel Arbeit“

SEITE 3

GESINNUNGSTESTS FÜR EINBÜRGERUNGSWILLIGE MUSLIME

Gesprächsleitfaden in Baden-Württemberg

INFOS FÜR FRAUEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

Ministerium erweitert Internetseite

LEITFADEN ZUR EINBÜRGERUNG

Hessen nicht vorn, aber Zweiter

SEITE 4

DIE INTEGRATIONSPOLITIK DER NEUEN LANDESREGIERUNG IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Kommentar von Thomas Kufen, Integrationsbeauftragter des Landes Nordrhein-Westfalen

VERANSTALTUNGEN

INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS 2006

Zeichen setzen – auf vielfältige Weise



„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ (Art. 1, Abs. 1 GG) Dieser Satz wird häufig genutzt, aber selten verstanden. Wahrscheinlich ist seine inflationäre Benutzung auf seine Verortung im Grundgesetz zurückzuführen – man muss ja nur zwei Seiten weit blättern. Dass sich das deutsche Volk deshalb zu „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ bekennt (Art. 1, Abs. 2, GG), ist jedoch nicht so vielen bekannt. 65 % der Deutschen sind der Meinung, dass zu viele Ausländer in

Deutschland leben. 36 % wollen in Deutschland lebende Ausländer zurückschicken, wenn die Arbeitsplätze knapp werden. Die Zahl derer, die solche Meinungen vertreten, steigt kontinuierlich. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind schon lange in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Im Jahr 2004 war zum ersten Mal wieder ein Anstieg von rassistisch motivierten Straftaten zu verzeichnen.

Seit vielen Jahren soll die von den Vereinten Nationen initiierte „Internationale Woche gegen Rassismus“ eine Gelegenheit bieten, Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit öffentlichkeitswirksam darzustellen und ein deutliches Zeichen gegen Rassismus zu setzen. In den letzten Jahren fanden während der Aktionswoche deutschlandweit mehrere hundert Veranstaltungen statt, die auch ein breites Echo in den Medien fanden.

Gemeinsam mit mehr als 35 Kooperationspartnern organisiert der Interkulturelle Rat auch in diesem Jahr die Aktionswoche, die in diesem Jahr vom 18. bis 26. März stattfinden wird. Der Interkulturelle Rat ruft dazu auf, in dieser Zeit Veranstaltungen und Aktionen durchzuführen, um „deutlich zu machen, dass in unserem Land kein Platz für Rassismus ist“. Jeder kann

sich mit Projekttagen oder -wochen in Schulen, Theaterstücken und Lesungen, Exkursionen und anderen Veranstaltungen beteiligen. Außerdem hat der Rat Informationsflyer, ein Plakat und ein Materialheft erarbeitet.

Die Materialien und weitere Informationen können unter folgender Adresse angefordert werden:
 Interkultureller Rat
 Thorsten Jäger und Sina Hatzfeld
 Goebelstraße 21
 64293 Darmstadt
 Telefon 0 61 51/33 99 71
 Telefax 0 61 51/3 91 97 40

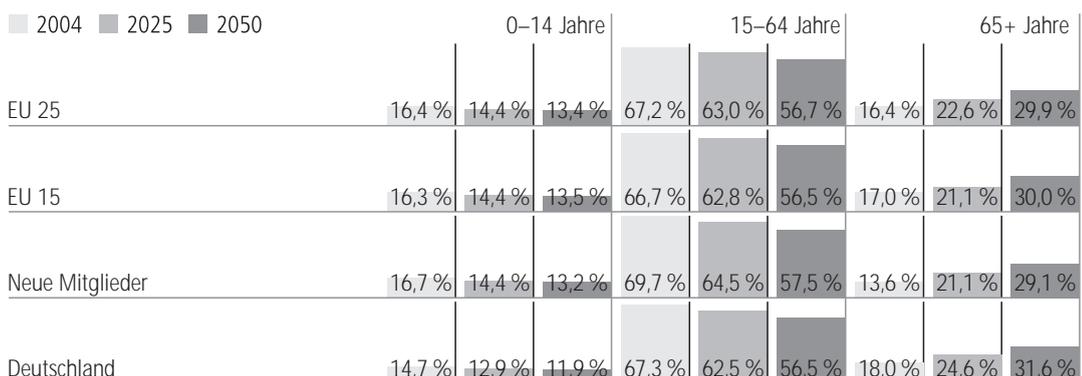
Einbürgerung

Einbürgerung ist zum Jahresbeginn Thema geworden. Baden-Württemberg legt einen Gesprächsleitfaden vor, der für Diskussionen sorgt. Hessen kündigt an nachzulegen. Neue öffentliche Wellen. Berlin startet eine Einbürgerungskampagne. Nur wenige nehmen Notiz.

Informationen zu den drei Themen auf den Innenseiten.

ZAHLENWERK

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in der EU nach Altersgruppen – Anteil an der Gesamtbevölkerung



KAMPAGNE ZUR EINBÜRGERUNG JUNGER MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN

Initiative des Berliner Senats

Der Berliner Senat hat eine Kampagne für die Einbürgerung junger Migrantinnen und Migranten gestartet, die das Frühjahr durch laufen soll.

Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration, Günter Piening: „Grundlage für eine demokratische und weltoffene Gesellschaft ist, dass ihre Mitglieder neben gleichen Pflichten auch gleiche Rechte besitzen und die Chance auf Teilhabe in der Gesellschaft haben. Diese Gleichberechtigung ist erst durch die Einbürgerung garantiert. Einbürgerung ist darum Kernbestandteil des Integrationsprozesses.“ Im Herbst 2000 hatten Senat und die für die Einbürgerung zuständigen Bezirke ein Beschleunigungsprogramm beschlossen, das Wirkung zeigt. Innerhalb eines Jahres wurde der Bestand an Anträgen auf Einbürgerung von 24.492 auf 18.848 gesenkt. Antragsteller haben einen Anspruch darauf, nach einem halben Jahr über den Stand des Verfahrens informiert zu werden. Berlin – so Piening – hat ein „fares, unbürokratisches und transparentes Einbürgerungsverfahren geschaffen“. Dies ist

die Voraussetzung, dass jetzt besonders junge Leute ermuntert werden sollen, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben.

Bei der Kampagne setzt der Senat auf Vorbilder. Deshalb ist gerade ein Wettbewerb unter jungen (zwischen 16 und 25 Jahren) Berlinerinnen und Berlinern ausländischer Herkunft angelaufen, die bereits die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben. Sie sind aufgefordert, den Satz zu ergänzen: „Ich habe den deutschen Pass beantragt, weil...“ Mit den Erläuterungen und einem Passfoto wird

dann öffentlich geworben: Motto: „PASST MIR!“

Piening verweist in dem Flyer, der zur Teilnahme auffordert, darauf, dass sich die jungen Leute bereits ab 16 Jahren ohne Zustimmung der Eltern einbürgern lassen können. Vor Vollendung des 23. Lebensjahrs wird auch nicht verlangt, den Lebensunterhalt aus eigener Arbeit oder durch Unterstützung der Eltern sichern zu müssen.

Informationen zur Kampagne gibt es auf der Internetseite: www.berlin.de/AusIB

Informationen zur Kampagne gibt es auf der Internetseite: www.berlin.de/AusIB

EUMC JAHRESBERICHT 2005



Foto: Paul Glaser

„... noch sehr viel Arbeit“

Die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) legte dem Europäischen Parlament (EP) im November den Jahresbericht 2005 mit dem Titel „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in den EU-Mitgliedstaaten – Trends, Entwicklungen und bewährte Praktiken“ vor.

Der Jahresbericht 2005 umfasst Informationen, Entwicklungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit rassistisch, fremdenfeindlich, antisemitisch und antiislamisch motivierten Vorfällen des Jahres 2004 in den 25 EU-Mitgliedstaaten. Dabei wurden fünf Themenbereiche abgedeckt: Rechtsvorschriften, Beschäftigung, Wohnungswesen, Bildung sowie rassistisch motivierte Gewalt- und Straftaten.

Die EUMC stellt fest, dass „Migranten und Minderheiten überall in der EU in den unattraktivsten Beschäftigungsbereichen überrepräsentiert“ sind. In einigen Mitgliedstaaten trete eine starke Segregation im Wohnungsbereich zu Tage. Auch die schulischen Leistungen von Migrantinnen und Migranten blieben oft hinter denen der Mehrheitsbevölkerung zurück.

Weiterhin weist die EUMC darauf hin, dass auf Grund von Datenlücken und fehlender Datenerhebungsbereitschaft einiger Mitgliedstaaten, ernsthafte Fälle von Diskriminierung weiterhin unbemerkt bleiben. „In den meisten Mitgliedstaaten fehlen die notwendigen

Daten, mit denen sich die Auswirkungen von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf die dort lebenden ethnischen Gemeinschaften beobachten ließen“, stellt die Direktorin der EUMC, Beate Winkler, heraus. „Eine bessere Datenerhebung ist daher für die EU ein vorrangiges Anliegen.“

„Der Bericht führt uns deutlich vor Augen, dass noch sehr viel Arbeit vor uns liegt“, erklärt Anastasia Crickley, Vorsitzende des Verwaltungsrates der EUMC. „Die Fälle von Ungleichbehandlung, die aufgezeigt werden, reichen von einem mangelhaften Wohnungsangebot für Migranten, über die Segregation bestimmter Gruppen in Sonderschulen, bis hin zu Arbeitsagenturen, die sich auf Anweisung von Arbeitgebern bereit zeigten, keine Stellenbewerber ausländischer Herkunft zu vermitteln.“

Es gibt jedoch auch Positives zu vermelden. Die Antidiskriminierungsrichtlinien scheinen auf fruchtbaren Boden zu fallen: „Die Antidiskriminierungsrichtlinien der EU haben einige positive Initiativen und Maßnahmen bewirkt.“, meint Winkler – schade, dass die deutsche Regierung es noch nicht einrichten konnte, diese umzusetzen.

Der Bericht kann auf Deutsch heruntergeladen werden unter

www.migration-online.de/eumc-2005

Weitere Informationen und den Bericht in den unterschiedlichsten Sprachen gibt es unter

www.eumc.eu.int

GESINNUNGSTESTS FÜR EINBÜRGERUNGSWILLIGE MUSLIME

Gesprächsleitfaden in Baden-Württemberg

Die baden-württembergische Landesregierung führt seit Anfang dieses Jahres mit einbürgerungswilligen Menschen aus als islamisch geltenden Staaten, deren Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung zweifelhaft erscheint, ein Gespräch, um die Gesinnung zu erkennen. Da Einbürgerung immer noch Ermessensentscheidung des einzelnen Sachbearbeiters ist, ist „zweifelhaft“ in diesem Fall ein äußerst dehnbarer Begriff.

Zur Begründung hatte das baden-württembergische Innenministerium erklärt, dass bei Muslimen generell davon auszugehen sei, dass ihr Bekenntnis bei der Einbürgerung nicht ihrer tatsächlichen Einstellung entspräche. Grundlage dieses Generalverdachts ist eine Studie des Zentralinstituts Islam-Archiv, wonach 21 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime geäußert hätten, dass das Grundgesetz mit dem Koran nicht zu vereinbaren sei.

Der Befragte muss zum Teil extrem private Fragen beantworten: „Ihre Tochter kommt nach Hause und erzählt, sie sei sexuell belästigt worden. Was tun Sie?“ oder „Stellen Sie sich vor, Ihr volljähriger Sohn kommt zu Ihnen und erklärt, er sei homosexuell und möchte gern mit einem Mann zusammenleben. Wie reagieren Sie?“ – Fragen, bei denen auch der durchschnittliche Inländer Probleme haben dürfte, sie den Erwartungen entsprechend zu beantworten.

Auch in der Öffentlichkeit stieß der Fragenkatalog auf Ablehnung. Mehmet Kilic, Vorsitzender des Bundesausländerbeirats, meint: „Der Innenminister von Baden-Württemberg schürt die

Ängste gegen die Einbürgerung von Moslems und erhöht subtil die sprachlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung.“

„Der Fragebogen setzt Muslime, die alle Voraussetzungen zur Einbürgerung erfüllen, einem Generalverdacht aus“, meint auch Thorsten Jäger, Geschäftsführer des Interkulturellen Rates (IR). „Er hantiert in gefährlicher Art und Weise mit sämtlichen Stereotypen und Vorurteilen gegenüber Muslimen und trägt dazu bei, die schon jetzt in unserer Gesellschaft verbreitete Islamophobie noch zu verstärken.“

Nadeem Elyas, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland ist entsetzt über die Entwicklung: „Das ist eine eindeutige Diskriminierung und Stigmatisierung von Muslimen.“ Er sieht in dem Fragenkatalog eine grundgesetzwidrige „Gewissensprüfung“.

„Es ist eine Schande für die Bundesrepublik Deutschland, dass solche diskriminierenden Fragen gestellt werden dürfen“, formuliert es Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD), etwas drastischer. Die TGD prüfe zurzeit alle rechtlichen Möglichkeiten gegen diese Praxis. Weiterhin empfiehlt die TGD die Nicht-Beantwortung der Fragen. Sollte der Einbürgerungsantrag abgelehnt werden, werde die TGD den Betroffenen eine Rechtsberatung zur Verfügung stellen.

Zumindest eine Wirkung zeigen die Proteste: Der Erlass der Landesregierung schreibt in der aktuellen Fassung nicht mehr vor, den Gesprächsleitfaden generell bei Muslimen anzuwenden.

Die Fragen des Gesprächsleitfadens stehen im Internet unter: www.migration-online.de/leitfaden

INFOS FÜR FRAUEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

Ministerium erweitert Internetseite

Die Internet-Frauenseite des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurde jetzt um eine Rubrik erweitert: „Vielfalt gewinnt“. Das Angebot richtet sich an Frauen mit Migrationshintergrund und informiert sie über Berufs- und Karrierechancen, Wiedereinstieg ins Berufsleben, Existenzgründung und Selbstständigkeit.

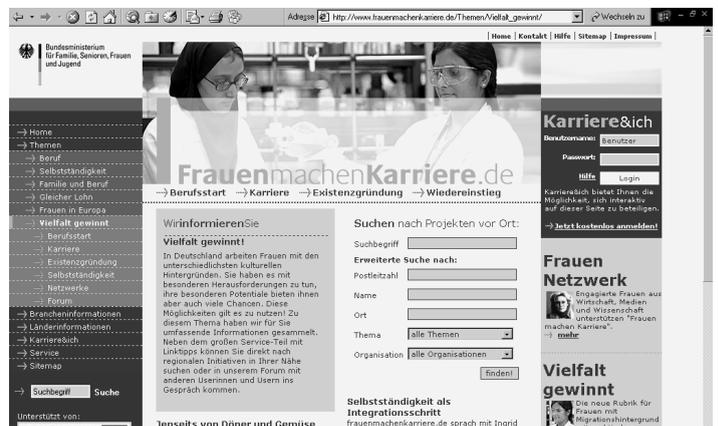
An erfolgreichen Beispielen wird auch gezeigt, wie Frauen mit Migrationshintergrund – und damit doppelter Benach-

teiligung – Karriere gemacht haben, sei es als Unternehmerin oder auch als Politikerin oder auch in Berufen, wie etwa bei der Berliner Polizei.

Informiert wird auch über bestehende Netzwerke, Initiativen von Frauen mit Migrationshintergrund aber auch Förderprogramme.

In einem Forum können sich die betroffenen Frauen untereinander austauschen, Tipps geben oder um Rat suchen:

http://www.frauenmachenkarriere.de/Themen/Vielfalt_gewinnt/



LEITFADEN ZUR EINBÜRGERUNG

Hessen nicht vorn, aber Zweiter

Ausländer, die in Hessen eingebürgert werden möchten, werden künftig nach einem Gesprächsleitfaden befragt, so Hessens Innenminister Volker Bouffier. Die Frage nach der Einstellung zur Homosexualität im Gesprächsleitfaden Baden-Württembergs sei „nicht der Weisheit letzter Schluss“, ansonsten aber – so Bouffier gegenüber der FAZ – werde man sich mit einer Verwaltungsvorschrift zur Einbürgerung weit gehend am Modell aus dem Ländle orientieren.

Der Fragebogen, der in Kürze vorgelegt werden soll, fragt „staatsbürgerliches Rucksackwissen“ (Bouffier) ab. Dazu gehören unter anderem Kenntnisse der Geschichte Deutschlands und die Bedeutung der Europäischen Union. Daneben werden das Ver-

ständnis von der Rolle von Mann und Frau in der Gesellschaft abgefragt, das Gewaltmonopol des Staates und das deutsche Wahlrecht.

Falls der Test bei Bewerbern Zweifel an dem Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung aufkommen lässt, soll der Einbürgerungsprozess ausgesetzt werden. Möglicherweise müsse auch der Verfassungsschutz die Person intensiver überprüfen.

In Einem allerdings möchte Bouffier sich von Baden-Württemberg absetzen. Man werde den Eindruck vermeiden, die Überprüfung richte sich allein gegen Muslime, so Bouffier. Seine Vision: Es müsse irgendwann sichergestellt sein, dass ein Eingebürgerter „nicht mehr ein Türke in Deutschland, sondern ein Deutscher türkischer Herkunft ist“.



Foto: Paul Glaser

FORUM MIGRATION 2

DIE INTEGRATIONSPOLITIK DER NEUEN LANDESREGIERUNG IN NORDRHEIN-WESTFALEN

KOMMENTAR

Thomas Kufen,
Integrationsbeauftragter des
Landes Nordrhein-Westfalen



„Der Zusammenhalt der Generationen und das Gelingen der Integration sind für die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidend“, sagte Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers bei seiner Regierungserklärung im vergangenen Jahr. Dies wird unterstrichen mit der Einrichtung des bundesweit ersten Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration durch die neue Landesregierung. Die Schaffung eines eigenen Integrationsministeriums ist ein wichtiges politisches Signal: Die Integration der Menschen

mit Migrationshintergrund ist ein eigenständiger Politikbereich und kein Anhängsel der Sozialpolitik mehr.

Die neue nordrhein-westfälische Integrationspolitik räumt besonders den Themen frühkindliche und umfassende Sprachförderung, Dialog mit dem Islam, Unterstützung bei der Bildung eines zentralen muslimischen Ansprechpartners auf Landesebene und die Verbesserung und Unterstützung von kommunalen Integrationsbemühungen Priorität ein.

Bei der Integrationspolitik setzt die neue Landesregierung aber auch auf Kontinuität. Alle im Landtag vertretenen Parteien haben im Jahr 2001 die gemeinsame „Integrationsoffensive NRW“ beschlossen. Diese Integrationsoffensive wird Stück für Stück nachdrücklich umgesetzt. Die Berufung eines neuen Integrationsbeauftragten ist ebenfalls ein Zeichen dieser Kontinuität.

Die Aufgabe des Integrationsbeauftragten ist die Beratung der Landesregierung bei der weiteren Konzipierung und Umsetzung der Integrationspolitik unter besonderer Beachtung der Integrationsoffensive des Landtags. Diese Integrationsoffensive muss in die Räte und Kreistage getragen werden. Nordrhein-Westfalen braucht

einen integrationspolitischen Konsens und eine Integrationsoffensive der Städte in Nordrhein-Westfalen. Vor Ort muss die Integration gelingen.

Die Dialogpflege mit den gesellschaftlichen Gruppen – vor allem den Migrantenverbänden und den Verbänden der Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion ist einer der Schwerpunkte der Arbeit des Integrationsbeauftragten. Dem Dialog mit dem Islam und dem interreligiösen Dialog wird hierbei ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Der Integrationsbeauftragte ist also Clearing-Stelle und kein Fallmanager.

Die Voraussetzungen für Dialog ist aber die Bereitschaft sich nicht nur zuzuhören, sondern auch dazuzulernen – aber auch unterschiedliche Überzeugungen wechselseitig zu respektieren. Mit Blick auf die Jugendlichen mit Migrationshintergrund müssen wir für einen Perspektivenwechsel werben: Wir müssen stärker anerkennen, dass durch den Migrationshintergrund und die damit verbundenen Lebensorientierungen und Sozialisationsbedingungen auch ein Potenzial für die deutsche Gesellschaft und für das zukünftige Europa gegeben ist. Für diesen Perspektivenwechsel müssen wir gemeinsam werben.

VERANSTALTUNGEN



Seminar: 5.–10.3.2006
Grenzenlos arbeiten? – Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit in der Europäischen Union. DGB Bildungszentrum Starnberger See.

Seminar: 5.–10.3.2006
will-kommen.de – Informationen über das deutsche Zuwanderungsrecht. DGB Bildungszentrum Hamburg-Sasel.

Seminar: 15.–17.3.2006
Jugendliche und junge Erwachsene italienischer Herkunft in Deutschland und ihre berufliche Situation: Chancen zur interkulturellen Öffnung und Entwicklung interkultureller Kompetenzen

in Betrieben. DGB Bildungszentrum Hattingen.

Tagung: 21.3.2006
Düsseldorfer Migrationsgespräche – Tagung zum UN-Tag gegen Rassismus. Düsseldorf.

Weitere Informationen unter:
www.migration-online.de
und Telefon 02 11/43 01-1 41

GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium
des Innern



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

DRUCK UND VERTRIEB

WAZ-Druck, Duisburg

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

BESTELLADRESSE

PROWERB
Werbe- und Versand-Service GmbH
Huissener Straße 7-9
47533 Kleve
Telefax 0 28 21/72 18-25
E-Mail info@prowerb.de

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk
Bereich
Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de